

November- revolution



Bewaffnete Arbeiter und Soldaten in Berlin
Unter den Linden, 10. November 1918

Reiner Zilkenat – Die Revolution 1918/1919

Klaus Gietinger – November 1918

Manfred Weißbecker – Gescheiterter Aufbruch

Hans-Kai Möller – Hamburg unter der roten Fahne

Hans Matthaei – Denkmal für die Revolutionsopfer

Die Revolution 1918/19 und ihr Platz in der deutschen Geschichte

Am 9. November 1918 wehten rote Fahnen über Berlin. Der Generalstreik wurde ausgerufen. Lange Demonstrationen zogen sich in den Vormittagsstunden in den Arbeiterbezirken formiert und bald das Stadtzentrum erreicht. Auf Transparenten und Schildern wurde ein Ende des Mordens an den Fronten und die Beseitigung der Hohenzollern-Herrschaft gefordert. Die revolutionäre Bewegung, die von den Matrosen und Arbeitern in Wilhelmshaven und Kiel seit dem 27. Oktober ausgelöst worden war und seitdem in zahlreichen Städten und Regionen Fuß fassen konnte, hatte die deutsche Hauptstadt erreicht. Noch am 9. November gab Reichskanzler Prinz Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers bekannt und übergab seine Amtsgeschäfte an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD. Ebert konstituierte als Regierung einen „Rat der Volksbeauftragten“, bestehend aus ihm, den SPD-Führern Otto Landsberg und Philipp Scheidemann sowie den USPD-Repräsentanten Emil Barth, Wilhelm Dittmann und Hugo Haase. Am frühen Nachmittag des 9. November proklamierten Karl Liebknecht „die freie sozialistische Republik Deutschland“ und Philipp Scheidemann „die Republik Deutschland“.

Welche Ursachen lagen den revolutionären Ereignissen des Novembers 1918 zugrunde? Wie konnte es zum jähen Ende des deutschen Kaiserreiches kommen, einer militärischen, politischen und ökonomischen Großmacht, die noch vor wenigen Jahren den „Griff nach der Weltmacht“ gewagt hatte?

Näheren Aufschluß geben uns streng geheime Lageberichte, die von den Oberpräsidenten der preußischen Provinzen, vergleichbar den heutigen Ministerpräsidenten der Bundesländer, von Bürgermeistern, Landräten, den stellvertretenden Armeekommandos und anderen amtlichen Stellen, aber auch von staatlichen Körperschaften außerhalb Preußens, regelmäßig an das Innenministerium in Berlin gesandt wurden. Hier wurde bereits seit langem ungeschminkt auf das Anwachsen kriegsgegnertlicher und politisch oppositioneller Strömungen, nicht nur innerhalb der Arbeiterklasse, hingewiesen. Bereits im März 1917 hatte z. B. das württembergische Kriegsministerium auf eine allgemeine „Kriegsmüdigkeit“ hingewiesen, die sich immer weiter ausbreite. Es werde sogar beobachtet, daß „Kriegerfrauen von ihren an der Front stehenden Männern vielfach Briefe erhalten, in denen die Frauen von der Zeichnung der Kriegsanleihen gewarnt werden mit der Begründung, daß durch ihre Zeichnung der Krieg nur noch verlängert werde“. Am 3. Dezember 1917 teilte die „Kriegsamtstelle Danzig“ dem Innenministerium mit, daß sich „die Friedenssehnsucht von Tag zu Tag vergrößert, und nicht selten vernimmt man nicht nur in den Kreisen der Minderbemittelten und des Mittelstandes, sondern auch in sogenannten gebildeten und besseren Kreisen recht herbe und aufreizende Äußerungen über die Länge des Krieges und die Unmöglichkeit des weiteren Durchhaltens.“ Die sich immer mehr verschärfende „Kriegsmüdigkeit“ erreichte im Sommer 1918 mit der mißlungenen Offensive der deutschen Armeen in Frankreich, der „Operation Michael“, einen neuen Höhepunkt, als innerhalb weniger Wochen eine Viertelmillion deutscher Soldaten getötet oder verwundet wurden. Damit war die strategische Initiative an der Westfront endgültig an die französischen und anglo-amerikanischen Truppen übergegangen. Die Kriegsniederlage war unabwendbar. Zugleich konnte in Deutschland die Versorgung mit

Lebensmitteln nicht mehr gewährleistet werden. Entbehrungen, Epidemien und Hunger breiteten sich aus, Nahrungsmittel wurden zum Teil unerschwinglich. Es entwickelte sich ein blühender „Schwarzmarkt“, auf dem nur diejenigen willkommen waren, die über Wertsachen, „Friedensware“, Gold oder Devisen verfügten. Die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung befand sich deshalb im kontinuierlichen Sinkflug. In einer Zusammenstellung der dem Innenministerium vorliegenden Lageberichte vom 3. September 1918 hieß es: „Der bedauerliche Rückgang der allgemeinen Volksstimmung, welcher schon in den beiden Vormonaten zu beobachten war, ist auch im August noch nicht zum Stillstand gekommen; nicht nur vereinzelt wird in den Berichten die Auffassung vertreten, daß die Stimmung seit Kriegsausbruch noch nie so schlecht gewesen sei als in den letzten Wochen.“ Bereits im Jahr zuvor, am 3. Juli 1917, hatte das stellvertretende Generalkommando in Düsseldorf gemeldet, daß es am 28. Juni in fünfzig Geschäften zu Lebensmittelplünderungen gekommen sei: „Die Polizei schritt mit der Waffe ein; fünfzig Polizeibeamte wurden verletzt. Alsdann wurde Militär aufgeboten, der verschärfte Belagerungszustand verhängt und ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt, das schon am folgenden Tage auf hohe Zuchthausstrafen erkannte. Die Zahl der Verhaftungen betrug 200.“ Am 3. Juni 1918 analysierte das I. stellvertretende Generalkommando die entstandene Lage durchaus realistisch mit folgenden Worten: „Gerade die niederen Volksschichten sind am stärksten über das Endergebnis und die Zeitdauer des Krieges beunruhigt, und es gewinnt die Ansicht Boden, das arbeitende Volk müsse irgendwie zur Beschleunigung des Kriegsendes eingreifen.“ In besonderer Weise trug zur Beunruhigung staatlicher Stellen bei, daß sich mittlerweile „eine recht erbitterte Stimmung auf wirtschaftlichem Gebiete herausgebildet“ habe. „Sie richtet sich gegen die ungeheuren Gewinne der wirtschaftlichen Trustbildungen und der Kriegswirtschaft“, wie es das XIX. stellvertretende Generalkommando am 3. November 1917 dem Innenministerium mitgeteilt hatte.

Kurzum: Im Verlaufe des Jahres 1917 hatte sich in weiten Teilen der Bevölkerung eine unübersehbare Stimmungslage ausgebreitet, die von einem Verlangen nach möglichst schneller Beendigung des Krieges geprägt war und die sich im Verlaufe des Jahres 1918 beschleunigte und immer größere Bevölkerungsschichten erfaßte. Aber auch die bedrückenden politischen Verhältnisse – z. B. Preszensur, Versammlungsverbote, eskalierende Repressionen gegen Kriegsgegner – wurden nicht länger hingenommen. Im April und im November 1917 hatten in vielen deutschen Städten Arbeiter gegen die Fortsetzung des Krieges und für ein Ende der politischen Unterdrückungen gestreikt sowie Massendemonstrationen durchgeführt. Vom 28. Januar bis zum 4. Februar 1918 erschütterten die Munitionsarbeiterstreiks in Berlin, Bremen, Köln, Leipzig, Magdeburg, München und in anderen deutschen Städten die fragiler gewordene Herrschaft des deutschen Imperialismus. In Berlin hatte sich ein System „revolutionärer Obleute“ gebildet, die vor allem in den Großbetrieben der Rüstungsindustrie verankert waren und ein neues Element in der Organisation und Durchführung proletarischer Massenaktionen darstellten. Unterstützt wurden die Obleute von der Spartakusgruppe, die innerhalb der im April 1917 gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)

für eine sofortige Beendigung des Krieges ohne Annexionen und Kontributionen und für einen revolutionären Sturz des imperialistischen Herrschaftssystems eintrat. In ihren insgeheim seit Januar 1916 gedruckten „Spartakusbriefen“ verbreiteten sie ihre Anschauungen, wobei sie immer wieder durch Nachstellungen der Politischen Polizei sowie die Verhaftung ihrer führenden Kader (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer u. a.) in ihrer Arbeit behindert wurden. Eine große Schubkraft erhielt die revolutionäre und Antikriegsbewegung in Deutschland durch die Revolutionen des Jahres 1917 in Rußland. In den Lageberichten staatlicher Behörden in Deutschland finden sich hierzu geradezu alarmierende Nachrichten.

Bereits am 24. März 1917 schrieb der Präsident des Kriegsernährungsamtes Adolf von Batocki in einem Bericht an den preußischen Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell: „Die russische Revolution, deren Führer von der Presse in liebenswürdigen Farben mit deutscher ‚Objektivität‘ geschildert werden, wirkt natürlich ungünstig auf den in seinen monarchischen Gefühlen nicht gefestigten Teil der Bevölkerung. Das gilt insbesondere von den wohlwollenden Berichten über die Friedensziele der russischen Internationale.“ Und nur zehn Tage später meldete das XI. stellvertretende Generalkommando an das preußische Innenministerium: „Der plötzliche Sturz der russischen Regierung und damit im Zusammenhang die Abdankung des Zaren und vielleicht auch die Abschaffung der Monarchie haben die Friedenshoffnungen neu belebt.“ Im bereits zitierten Bericht der Kriegsamtstelle Danzig vom 3. Dezember 1917 hieß es: „Mit wahrer Gier stürzen sich selbst besonnene Leute auf die neu ausgegebenen Extrablätter und Zeitungen mit dem laut zugegebenen Bestreben, näheres über den Stand des Friedensangebotes Rußlands zu erfahren.“ Und die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb unter dem Eindruck der Oktoberrevolution am 9. November 1917: „Mit fiebriger Spannung wird das Proletariat Deutschlands die weitere Entwicklung der Dinge in Rußland verfolgen. Mit all seinen Sympathien wird es auf der Seite der kämpfenden Klassenossen des großen Osterreiches stehen. Der Sieg des Proletariats in Rußland wäre ein gewaltiger Erfolg, der die Arbeiterbewegung der ganzen Welt befruchten müßte. Und dieser Erfolg wäre zugleich ein gewaltiger Fortschritt der Friedensarbeit.“ Dies alles zusammen: Die inzwischen hoffnungslose Lage an der Westfront, der Versuch, die Hochseeflotte im Oktober 1918 in eine sinnlose Seeschlacht mit der Royal Navy zu führen, die dramatische Ausmaße annehmende Lebensmittelknappheit, zum Teil drastische Preiserhöhungen für Mieten, Güter des täglichen Bedarfs und Nahrungsmittel, die verschärfte politische Repression gegen Kriegsgegner und streikende Arbeiter, die zeitgleich steigenden Profite der Großbourgeoisie und der Junker bei zugleich verschärfter Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie und auf den Gütern der Großgrundbesitzer, die vollkommen unzureichenden Maßnahmen einer Teilparlamentarisierung des politischen Systems – alles das bewirkte die Entstehung einer revolutionären Bewegung, die immer größere Teile der Arbeiter, Soldaten und Matrosen erfaßte.

Am 9. November schien die alte Ordnung hinweggefegt zu sein, Berlin und viele andere Städte, dieser Eindruck drängte sich auf, waren in der Hand der Revolutionäre. Doch bald sollte sich erweisen, daß die konterrevolutionären Kräfte bereits alles unternahmen, um ihre Kräfte zu sammeln und gegen die Arbeiter und Soldaten ins Feld zu führen. Dabei bedienten sie sich nicht zuletzt der Führung der sozialdemokratischen Partei, speziell des Parteivorsitzenden Friedrich Ebert. Bereits während der Januarstreiks 1918 war er nach eigenem Bekunden in die Streikleitung lediglich mit „der bestimmten Absicht“

eingetreten, um „den Streik zum schnellsten Abschluß zu bringen und eine Schädigung des Landes zu verhüten“. Am 10. November 1918 handelte er in ähnlicher Weise. In einem abendlichen Telefonat mit Generalleutnant Wilhelm Groener, dem faktischen Chef der Obersten Heeresleitung, versicherte er, mit dem Einmarsch „zuverlässiger“ militärischer Einheiten in Berlin einverstanden und bereit zu sein, eine „restlose Bekämpfung der Revolution, die Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, die Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und die baldige Einberufung einer Nationalversammlung“ herbeizuführen. „Wir haben uns“, so Ebert, „verbündet zum Kampf gegen die Revolution, zum Kampf gegen den Bolschewismus.“ Von nun an telefonierten beide Konterrevolutionäre jeden Abend über eine abhörsichere Leitung und koordinierten ihr weiteres Vorgehen gegen die Revolutionäre. Doch das Bündnis der Obersten Heeresleitung mit Ebert und seinesgleichen in der SPD-Führung hätte allein nicht ausgereicht, um die Revolution abzuwürgen. Deshalb wurden Ende des Jahres 1918 sogenannte Freikorps gegründet, konterrevolutionäre Einheiten aus ehemaligen „Frontkämpfern“, zumeist brutale Landsknechtnaturen, die zum Teil schon im Baltikum gegen die Bolschewiki gekämpft hatten und nun gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten mit häufig grausamsten Methoden vorgingen. Der Begriff „Todesschwadronen“ für die Freikorps dürfte keine Übertreibung darstellen. Auch der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 ging auf ihr Konto. Alimentiert wurden sie von Großindustriellen und ostelbischen Junkern, die großzügig spendeten, um den Angehörigen der Freikorps die Löhnung zu zahlen. Vor allem Ernst von Borsig, Präsident der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ und Präsidiumsmitglied des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, tat sich als Finanzier des Treibens dieser paramilitärischen Einheiten hervor. Die Firma Siemens gewährte sogar Mitarbeitern, die sich zu den Freikorps meldeten, großzügig Urlaub! Flankiert wurde das Doppelspiel von Ebert und anderen SPD-Führern wie Gustav Noske sowie das blutige Geschäft der Freikorps von ideologischen Großkampagnen, die von Organisationen wie z. B. der „Antibolschewistischen Liga“, dem „Alldeutschen Verband“ und dem „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ organisiert wurden. Mit Hilfe von Vorträgen, Großveranstaltungen, massenhaft verbreiteten Flugblättern und Broschüren sowie über ein eng gestricktes Netz konservativer Zeitungen und Zeitschriften wurden die Botschaften dieser Verbände bis in den letzten Winkel Deutschlands getragen. Auch hier wurden die notwendigen finanziellen Mittel vornehmlich von Repräsentanten der Großbourgeoisie zur Verfügung gestellt. So erhielt die „Antibolschewistische Liga“ groß dimensionierte Zuwendungen unter anderem von Hugo Stinnes, einem der größten Kriegsgewinnler unter Deutschlands Großindustriellen, dem Direktor der Deutschen Bank Paul Mankiewicz, dem Vorsitzenden des Direktoriums der AEG Felix Deutsch und von Carl-Friedrich von Siemens. Am Ende konnte die Revolution abgewürgt werden – nicht zuletzt durch die Handlungen Eberts und seiner Spießgesellen in der sozialdemokratischen Führung, die im Zusammenspiel mit den Exponenten der Herrschenden alles taten, um die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu verhindern.

Die Novemberrevolution war dennoch nicht völlig erfolglos. Die reaktionären Kräfte in der Gesellschaft waren gezwungen zu taktieren, indem sie zumindest einige Konzessionen zugestehen mußten, die von den Arbeitern und Soldaten erkämpft worden waren: das Frauenwahlrecht, die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner der „Arbeitgeber“-Verbände, den Achtstunden-Arbeitstag, die Ab-

schaffung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen, die Schaffung von Betriebsräten – um nur diese Beispiele zu nennen. Und dennoch ist der Realitätsgehalt der Metapher: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ nicht von der Hand zu weisen. Zwar wurde manches Unerledigte der Revolution von 1848 realisiert, wurden zumindest zeitweise mit den Räten neue Formen proletarischer Machtausübung installiert, gelang es, die sozialen Rechte im Vergleich zu den Vorkriegsjahren deutlich auszuweiten. Doch das imperialistische Herrschaftssystem blieb grundsätzlich unangetastet. Ohne Zweifel entstanden für die Arbeiterklasse günstigere Kampfbedingungen im Vergleich zu denen in der Zeit des Kaiserreiches. Zugleich war jedoch die Weimarer Republik der Boden, auf dem die faschistische Bewegung heranwachsen, politischen Einfluß gewinnen und erfolgreich werden konnte. Ein Kausalzusammenhang zwischen 1918/19 und 1933 existierte nicht – nach dem Steckenbleiben der Revolution war der Weg in den Faschismus keineswegs alternativlos. Dennoch sollte in diesem Zusammenhang über die Analyse des Historikers Reinhard Rürup nachgedacht werden: Es sei unbestreitbar, daß die 1918/19 getroffenen Entscheidungen „für das Schicksal der parlamentari-

schen Demokratie in Deutschland, der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und – im Hinblick auf die ‚Machtergreifung‘ des Nationalsozialismus – für die allgemeinen weltgeschichtlichen Entwicklungen unseres Jahrhunderts von grundlegender Bedeutung sind“. Die strukturelle Schwäche der Weimarer Republik – so Rürup – sei vornehmlich ein Ergebnis ihrer Entstehungsgeschichte gewesen und könne nicht auf die Belastungen durch die militärische Niederlage und die Einwirkungen der wirtschaftlichen Krisen reduziert werden. Wichtige Errungenschaften der Revolution – man denke vor allem an den Achtstundearbeitstag – wurden im übrigen verwässert oder abgeschafft, schon bevor die Weltwirtschaftskrise seit der Jahreswende 1929/30 einen unvergleichlich günstigen Nährboden für einen immer schneller sich vollziehenden Sozialabbau und die Faschisierung schuf. Die Verantwortung für die „verratene Revolution“ (Sebastian Haffner), so scheint es, wiegt schwer – und sie wirkt nach.

Wie formulierte es die „Sozialistische Arbeiterjugend“ in der Zeit der Weimarer Republik? „Republik – das ist nicht viel! Sozialismus ist das Ziel!“

Reiner Zilkenat

November 1918. Der verpaßte Frühling

Am Scheitern der sozialen Revolution des November 1918 trägt die deutsche Sozialdemokratie erhebliche Mitschuld. Heute ist das Ereignis entweder vergessen oder wird verzerrt dargestellt.

Im März dieses Jahres erschien in der Hamburger Edition Nautilus das vom Sozialwissenschaftler, Drehbuchautor und Regisseur Klaus Gietinger geschriebene Buch „November 1918. Der verpaßte Frühling des 20. Jahrhunderts“. Wir veröffentlichen daraus mit freundlicher Genehmigung von Verlag und Autor die Einleitung sowie einen Auszug des vom Historiker Karl Heinz Roth verfaßten Vorworts.

„Und die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.“ Die Prophezeiung von Karl Marx und Friedrich Engels, 1848 im „Kommunistischen Manifest“ mit Chuzpe verkündet, erfüllte sich zu ihren Lebzeiten nicht. Weder im selben Jahr des ersten deutschen bürgerlichen Revolutionsversuches noch später.

Zug in den Krieg

Im Gegenteil, die Eisenbahn wurde entscheidend für die Planung eines Weltkrieges. Die deutsche Militärführung und die deutsche Reichsleitung sahen 1914 in der Eisenbahn das wichtigste Mittel, um einen Angriffskrieg zu gewinnen, von dem sie wußten, daß er mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Weltkrieg führen würde. Mit nicht zu überbietender Arroganz glaubten die deutschen Militärstrategen, daß die russischen Eisenbahnen wesentlich schlechter seien als die deutschen und daher die Mobilisierung des gigantischen deutschen Militärapparates, eines Massenheeres von Millionen Soldaten und aber Tausenden Kriegswaffen, wesentlich schneller vonstatten ginge als die des russischen. Und daher wollte man in einem Blitzkrieg erst die französische Armee im Westen schlagen, um dann die Russen im Osten niederzuwalzen.

Siegestrunken – aufgrund des raschen Vormarsches durch Belgien – reiste in der Nacht vom 16. zum 17. August 1914 die gesamte deutsche Machtelite, die Generäle, der Kanzler, die Regierung und der Kaiser – nur die Kapitalisten fehlten, die aber hatten die Fahrpläne gemacht – in einem einzigen Zug von Berlin ins neue Hauptquartier der Obersten Heeresleitung (OHL) nach Koblenz. Kein Verschwörer lag am Bahndamm und sprengte die Strecke, wie es Anarchisten vergeblich mit dem Niederwalddenkmal, der riesigen, in Richtung Frankreich drohenden Germania-Statue, bei Rüdesheim, gut 50 Kilometer südlicher und 30 Jahre zuvor, anlässlich dessen Einweihung versucht hatten. Das Pulver war naß geworden.

Das der deutschen Militärs war 1914 trocken. Und einige Bohemien und Anarchisten meldeten sich im August 1914 freiwillig – im Gegensatz zu den meisten deutschen Arbeitern, die, entgegen überholter Geschichtsschreibung, gar nicht begeistert waren über die Fahrt nach Paris, zu der es für Millionen von Soldaten keine Rückfahrkarte mehr brauchte. Doch das Kalkül ging nicht auf. Die russischen Eisenbahnen waren schneller und besser als vermutet, und die deutschen Bahnen blieben vor Paris stecken. Der entstandene Zweifrontenkrieg weitete sich zum Krieg mit Fronten in aller Welt aus. Hier erfüllte sich eine andere Prophezeiung, 1887 von Friedrich Engels gemacht: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; ... (MEW, Bd. 21, S. 350 f.)

Kronen purzelten

Tatsächlich war, vier Jahre nachdem die ersten deutschen Militärszüge Richtung Belgien und Frankreich gerollt waren, im Herbst 1918 dieser Weltkrieg für die deutschen Armeen nicht mehr zu gewinnen. In Frankreich saßen inzwischen außer französischen, englischen, australischen, indischen, burmesischen und afrikanischen auch immer mehr US-amerikanische Soldaten in Zügen und rollten an die Front. Da setzte die OHL Anfang November 1918 einen Zivilisten in einen Zug. Der rollte sehr langsam – wie von der französischen Militärführung befohlen – durch verwüstetes Kriegsgebiet und brachte den Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger an einen ihm unbekanntem Ort im Wald, den die deutschen Militäreisenbahnen nie erreicht hatten: Compiègne. Dort mußte er den Waffenstillstand – im Auftrag der Regierung und der deutschen Obersten Heeresleitung – unterzeichnen.

Zur gleichen Zeit machten sich Tausende blau gekleidete deutsche Matrosen mit roten Fahnen in grünen Zügen auf den Weg von den Küstenstädten, die sie in einer Revolte in ihre Gewalt gebracht hatten, in alle Winkel des Reiches und verbreiteten in Windeseile ihre Botschaft: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit dem Kaiser!“ Es schien sich das zu erfüllen, was Marx und Engels 1848 prophezeit hatten: Die Eisenbahn transportierte eine Revolution, und zwar nicht in wenigen Jahren, sondern in wenigen Tagen. Die Massen in München unter Führung von Kurt Eisner (7. November 1918) und die Massen in Berlin unter Anleitung der Revolutionären Obleute (9. November 1918) brachten das zustande, was Engels 1887 prognostiziert hatte: „Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt.“

Die Kronen purzelten tatsächlich, in Deutschland, in Österreich, in Ungarn und zuvor schon in Rußland. Und die deutschen Matrosen, die deutschen revolutionären Massen, hauptsächlich SPD-Anhänger, schienen tatsächlich zu siegen. Die alten Mächte, die alten Militärs wirkten entmachteter. Und der liberale Publizist Theodor Wolff sah gar am Tag danach, am 10. November 1918, „die größte aller Revolutionen“.

Verdammt und verdreht

Geblichen sind mehr als 99 Jahre danach Verdrehungen. Von Umsturz ist die Rede und von Zusammenbruch. Oder einfach vom Kriegsende. So erwähnt der ehemalige DDR-Dissident Markus Meckel (SPD) 2017 in einem Interview über das Kriegsende 1918 die Revolution, die wesentlich zum Kriegsende beigetragen hat, mit keinem Wort. Und der Historiker Gerd Krumeich wagt es gar, in der FAZ vom 10. Juli 2017 die Lüge vom Dolchstoß aufzuwärmen. Eine Lüge, die die ehemaligen Herren der OHL, General a. D. Erich Ludendorff und Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg, in den 20er Jahren verbreitet hatten: Der Krieg, den sie selbst im September 1918 als verloren erklärt hatten, sei gar nicht verloren gewesen, und die Revolutionäre in der Heimat, ja sogar die SPD-Führung, der nichts ferner lag, hätten die Front von hinten erdolcht. Nur deswegen habe Deutschland die Waffen strecken müssen. Auch Krumeich verdammt 2017 „die Revolutionäre“ des Novembers 1918, weil „die Kriegssituation nicht völlig aussichtslos gewesen“ sei. Was absurd ist angesichts der militärischen Stärke der USA, die der Historiker mit keinem Wort erwähnt.

Ursache solcher Verdammung ist die grundsätzliche Furcht der gegenwärtigen Wertegemeinschaft kaschierten neuen deutschen „Volksgemeinschaft“ vor Revolutionen. Mißachtet wird in solcher Gesellschaft der Deutsche Bauernkrieg von 1525, und stiefmütter-

lich behandelt die bürgerliche Revolution von 1848. Statt dessen schreibt man sich das friedliche Hambacher Fest von 1832 aufs Panier, eine Marginalie im Vormärz dieser Revolution. Nur nicht die Barrikadenkämpfe 1848 in Berlin, Wien, Leipzig und anderswo hervorkehren, nur nicht den Kampf der Badischen Revolutionsarmee gegen die preußische Armee erwähnen. Und schon gar nicht, daß der König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., im März 1848 in Berlin seine Mütze vor den „für die Sache der Freiheit Gefallenen“ ziehen müssen. Lieber das Schloß wieder aufbauen, von dessen Balkon aus er sein Volk nicht mehr beruhigen konnte und zum Angriff geblasen hatte. Aufstand – auch demokratisch motivierter – ist unpassend in Deutschland.

Und die deutsche Revolution von 1918, die die entscheidende des 20. Jahrhunderts hätte werden können, war zu ihrem 90. Jahrestag 2008 praktisch vergessen. Keine Doku, kein Dokudrama, keine Talkshow und kein Nico-Hofmann-Melodram dazu. Dabei war diese Revolution tatsächlich ein Aufbruch. Ein Aufbruch nach dem bis dahin schrecklichsten Krieg der Menschheitsgeschichte. Ein Aufbäumen gegen eine Herrschaft, die diesen Krieg wesentlich verursacht hatte.

Räte und Bürokraten

Fatal an der Sache war, daß die leitenden Männer der Arbeiterbürokratie, die Führer der SPD und der Gewerkschaften, diesen Krieg bis zum Schluß mitgetragen hatten und bis zum Schluß tragen wollten. Friedrich Ebert, der Parteivorsitzende, soll in Tränen ausgebrochen sein, als er im Oktober 1918 erfuhr, daß der Weltkrieg für das Deutsche Reich verloren war. Der Krieg hatte die Arbeiterbewegung gespalten, und genau das war der Todesstoß für die Novemberrevolution. Die einen wollten der Herrschaft, die diesen Krieg wesentlich verursacht hatte, die Rechnung präsentieren – dies waren die Massen. Die anderen, die Arbeiterbürokraten, die mit ihrem Apparat großen Einfluß in den Betrieben und in der Gewerkschaftsbasis hatten, wollten genau dieses mit einem Bündnis mit jener Herrschaft, insbesondere den Militärs, verhindern. Die russische Oktoberrevolution von 1917 war für beide dabei ein merkwürdiger Fixpunkt. Für die Arbeitermassen in Deutschland hatten die Räte, die 1905 in der ersten – gescheiterten – russischen Revolution entstanden waren und die sich schon im Februar 1917 in großer Zahl spontan erneut gebildet hatten, Vorbildcharakter. Sie wollten nach dem großen Völkerschlachten zuallererst Frieden, ein besseres Leben und erhofften sich dies von der Demokratie, der Sozialisierung und der Zerschlagung des Militarismus. Die Arbeiterbürokratie, die SPD-Führung wie die Gewerkschaftsspitzen, fürchtete sich nicht nur vor dem totalen Umsturz, vor der Umwertung aller Werte, dem radikalen Ende der Militär-, Junker-, Kartell- und Bourgeoisieherrschaft in Deutschland, mit der sie sich so komfortabel arrangiert hatte, sondern sie fürchtete sich vor den eigenen Massen, denen sie die Emanzipation absprach. Massen, die sie mittels der „Heerstraße der parlamentarischen Beratung“ (Ebert) regieren wollte, damit diese alternativlos nur eines wählten: Kapitalismus mit sozialer Garnitur. Als die arbeitenden Massen mehr wollten, kam es innerhalb weniger Wochen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen der SPD-geführten Regierung mit großen Teilen ihrer (inzwischen ehemaligen) Anhänger. Der Terror der Bolschewiki machte der SPD-Führung angst und war gleichzeitig willkommener Vorwand, um selbst blutigen Massenterror gegen die sich aus Enttäuschung über ihre Führer radikalierenden Massen zu organisieren.

Diese Revolution hat zwei entscheidende Phasen, Phasen der Radikalisierung. Nach dem Frühling kommt gleich der Herbst. Einen Sommer gibt es hier nicht (und auch deswegen ist diese Revolution vergessen). Die erste Phase reicht vom November 1918 bis Januar 1919 – sie enthält einen kurzen Frühling Anfang November, aber schon Anfang Dezember beginnt der Herbst, und spätestens im Januar formiert sich die Gegenrevolution. Die zweite Phase beginnt im Februar 1919, ein zweiter Frühling, eine zweite Revolution scheint möglich, doch um so schlimmer wird der zweite Herbst, der die zweite Revolution überlagert und buchstäblich im Massenterror tötet. Dies geht bis zum Mai 1919. Ein dritter Frühling nach einem konterrevolutionären Putsch, dem Kapp- Putsch 1920, führt erneut zu Massakern, Massakern der von den Massen geretteten Regierung an diesen Massen.

Wir haben es bei diesem verpaßten Frühling, wie gesagt, mit zwei Bewegungen zu tun. Zum einen die der radikaldemokratischen Massenbewegung gegen den Krieg hin zur sozialistischen Massenbewegung: die Rätebewegung. Und die der arbeiterbürokratischen Unterstützer des Krieges, die über die Zusammenarbeit mit den alten militärischen Mächten und aufgrund schrumpfender Wählerschaft schließlich zum Mittel des Staatsterrors griffen. Dies geschah unter dem Beifall der alten herrschenden Eliten, der neuen und alten Kapitalisten, der Junker, des Adels, des Bürgertums, des Kleinbürgertums, fast der ganzen, auch der alten sozialdemokratischen Presse, der Liberalen, großen Teilen der konservativen Intellektuellen und – eher widerstrebend – Teilen der eigenen SPD-Anhänger, eben all

jener, die das mythische „Augusterlebnis“ von 1914 kurzzeitig zu einer Weltkriegsaggressionseinheit, ja Welteroberungsgemeinschaft zusammengeschweißt hatte. Nur noch Deutsche. Man könnte es auch als „zweites Augusterlebnis“ oder als „Frühjahr der Konterrevolution“ bezeichnen. Die „nationale Erhebung“ einer radikalen „Volksgemeinschaft“, deren militärischen Arm die neuen Freikorps aus alten und neuen uniformierten Kampfmaschinen bildeten, die einen Terror produzierten, den es bis dahin im Innern des Deutschen Reiches nicht gegeben hatte und der den Boden bereitete für die 14 Jahre später folgende Naziherrschaft.

Ungeliebtes Weimar

Das unmittelbare Ergebnis war die Weimarer Republik, eine ungeliebte parlamentarische Demokratie mit verkorkster Verfassung sowie auf Rache sinnende Herrschende in Wirtschaft, Verwaltung und Militär, die den selbstverschuldeten verlorenen Krieg ihren zeitweiligen Verbündeten in den Arbeiterbürokratien gekonnt anläteten und auf eine neue Diktatur mit erneutem militärischem Weltmachtstreben und Krieg hinsteuerten. Die angebliche Schmach von Versailles 1919 tat ihre Wirkung bis weit in die linken Parteien hinein. Das Scheitern der Novemberrevolution 1918/19 als basisdemokratischer Revolution der Massen ist historisch zwar keine hinreichende Bedingung für Nazideutschland, Holocaust und Zweiten Weltkrieg gewesen, aber eine notwendige. Dabei hätte alles anders kommen können.

Aus dem Vorwort von Karl Heinz Roth

Bei Gietinger können wir das Auf und Ab des revolutionären Prozesses nachlesen, der bis zum Frühjahr 1920 andauerte: die Umsturztage am 9. und 10. November in Berlin; die Weihnachtskämpfe um das Berliner Schloß; der Januaraufstand als gescheiterter zweiter Anlauf der von riesigen Massendemonstrationen beflügelten revolutionären Obleute, des linken Flügels der USPD und der inzwischen gegründeten KPD; die kurzlebige Sozialistische Republik Bremen; die Massen- und Generalstreiks im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland im Februar/März 1919; der im blutigen Terror erstickte Berliner Generalstreik Anfang März 1919; die Bayerische Räterepublik vom März/April 1919 und die Märzrevolution 1920 als letztes Aufbäumen im Anschluß an den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch. Dabei scheute sich die wieder eingesetzte Regierung nicht, gegen die Aufständischen dieselben Truppenverbände einzusetzen, die gerade gegen sie geputscht hatten.

An diesem Schlußpunkt des revolutionären Zyklus tritt das wesentliche strukturelle Moment seines Scheiterns besonders kraß zutage: Die politischen Entscheidungsträger und Koordinatoren der Konterrevolution waren Spitzenvertreter der Sozialdemokratie. Wie Gietinger nachweist, hatten sie sich von Anfang an gegen den von wesentlichen Teilen der SPD-Basis mitgetragenen revolutionären Aufbruch gestemmt. Schon am 10. November 1918 hatte Friedrich Ebert als führender Exponent des Rats der Volksbeauftragten einen strategischen Pakt mit der Obersten Heeresleitung (Wilhelm Groener) geschlossen, und wenige Tage später war dieses Bündnis durch ein Abkommen zwischen der Gewerkschaftsführung (Carl Legien) und der Rüstungsindustrie (Hugo Stinnes) sozialpolitisch untermauert worden. (...)

Seit dem Januaraufstand hatten es die Massen der Arbeiter mit einer entfesselten Soldateska zu tun, die Panzer, Artillerie und Minenwerfer im Stadtkampf einsetzte und sich schließlich seit der Niederschlagung des Berliner Generalstreiks vom März 1919 auf einen Schießbefehl stützen konnte, den eine in den zentralen politischen Gremien agierende SPD-Führung und später auch die SPD-Fraktion der Weimarer Nationalversammlung mittrug – ein Freibrief zum Massenmord. (...) Was hier geschah, war in der Tat ungeheuerlich: Ein sozialdemokratischer Minister (Gustav Noske) hatte einen durch seine Parteiführung gedeckten Schießbefehl erlassen, der die Kontinuität zu den deutschen Kolonialmassakern zu Beginn des Jahrhunderts und zu den während des Ersten Weltkriegs begangenen Kriegsverbrechen herstellte. (...) Gedeckt wurde dieses Vorgehen von allen politischen Führungsgremien. In ihnen hatte die Mehrheitssozialdemokratie eine unangefochtene Monopolstellung erlangt, nachdem die USPD-Vertreter ausgetreten bzw. ihre Kooptation abgelehnt hatten. Das Einschwenken der Mehrheitssozialdemokratie auf ihren staatsterroristischen Kurs wurde somit durch schwere politische Fehler auf der Seite der seit 1916 von ihr abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokraten erleichtert. Im vorliegenden Buch kommen auch die langfristigen Auswirkungen des Triumphs der deutschen Konterrevolution zur Sprache. Die zumindest zeitweilige Schwächung des deutschen Militarismus konnte nach Lage der Dinge nur noch durch die siegreichen Entente-Mächte erzwungen werden. Das konterrevolutionäre Bündnis zwischen der Generalität und der Sozialdemokratie löste sich nur unter dem Druck von außen auf. Militärischer Widerstand gegen den Versailler Vertrag und seine Abrüstungsbestimmungen war nicht möglich, und

damit wurde eine im Juni 1919 nochmals erwogene Militärdiktatur unter den Galionsfiguren Noske und Ebert hinfällig. Statt dessen scheiterte ein Staatsstreich der Militärs gegen ihre bisherigen politischen Partner (der Kapp-Lüttwitz-Putsch). Nun gingen die Wege tatsächlich auseinander, aber die Kampftruppen des Weißen Terrors existierten im Untergrund weiter und wurden zusammen mit den sie finanzierenden Rüstungsmagnaten zu Keimzellen des Faschismus und eines erneuerten militärisch-industriellen Komplexes, der auf einen Revisionskrieg zusteuerte und nur auf seine Chance wartete, die Weimarer Republik zu zerstören. (...)

Die deutsche Revolution war in eine weltweite Umstürzbewegung eingebettet. Ihr unmittelbarer Auslöser waren die Entbehrungen des Kriegs, gegen die die Unterklassen – die zum Militär gepreßten Bauern und Industrieproletarier und ihre Familien an den „Heimatfron-

ten“ – seit 1916/17 zu revoltieren begannen. (...) Der internationale sozialrevolutionäre Aufbruch der Jahre 1917 bis 1921 scheiterte fast überall am entschlossenen Auftreten der Konterrevolution. (...) Der „Winter“, der sich in Deutschland zu Beginn der 1920er Jahre wieder ausbreitete, war kein Ausnahmephänomen. Und doch gab es ein strukturelles Merkmal, das in allen anderen Szenarien der revolutionären Nachkriegskrise fehlte: das uneingeschränkte Paktieren der deutschen Sozialdemokratie mit der militärischen Konterrevolution und ihre gemeinsame Frontstellung gegen die Unterklassen. In dieser Hinsicht stand die deutsche Sozialdemokratie völlig allein da – so allein wie im Juli/August 1914, als sie alle Angebote ihrer Schwesterparteien in Frankreich und anderswo in den Wind geschlagen und einen transnationalen Generalstreik gegen die Entfesselung des Ersten Weltkriegs verhindert hatte.

Gescheiterter Aufbruch

Nach den großen Vermarktungswellen zum Thema „vor 100 Jahren“ – über den Beginn des Ersten Weltkrieges und die russische Oktoberrevolution – begann jetzt die zum Jahrestag der Novemberrevolution in Deutschland, einer Revolution, die im offiziellen Betrieb der Geschichtswissenschaft eher beschwiegen worden ist oder argen Mißdeutungen unterliegt. Das scheint sich zu ändern. „Die Zeit“ verknüpfte zu Beginn des neuen Jahres, geschichtspolitisch wohl orientierend gemeint, ein drei Seiten umfassendes „Abschiedspanorama“ über das Verhalten von Kaiser, Königen und Fürsten mit dem Lob für das Bemühen der damaligen Mehrheitssozialdemokraten, Deutschland möglichst gewaltlos (!) von einer De-facto-Diktatur der preußischen Generale in einen parlamentarisch regierten Staat umzuwandeln. Historiker, Publizisten und Literaten stehen schon seit geraumer Zeit in den Startlöchern: Da bot der Berliner Geschichtspräsident Daniel Schönplüg einen eher romanhaft und kaleidoskopartig gestalteten Blick auf das Ganze eines „Kometenjahres“, auf eine sich im Aufbruch befindliche Welt. Da gab es das interessante, von Karl Heinz Siber ins Deutsche übersetzte Buch von Mark Jones „Am Anfang war die Gewalt“, das irreführend betitelt erscheint, weil es die gegenrevolutionäre Gewalt als den „wirklichen Gründungspfeiler“ der Weimarer Republik behandelt. Da beschrieb der SWR-Redakteur Wolfgang Nieß die Revolution hauptsächlich als eine gelungene, der SZ-Redakteur Joachim Käppner sie indessen als eine unvollendete und zwiespältige. Ersterer spricht vom „wahren Beginn unserer Demokratie“, letzterer von einer „Revolution der Besonnenen“. Vielfach steht – erstaunlich – Bayern im Fokus: Von „Träumern“ und einer Machtübernahme durch die Dichter handelt das Buch von Volker Weidemann, und Ralf Höllers „Das Wintermärchen“ läßt Schriftsteller über die Münchner Räterepublik berichten. Zum Wirken von Berliner Literaten, beispielsweise denen im „Rat der geistigen Arbeiter“ um Kurt Hiller, erschien kaum neuere Lektüre, man kann jedoch durchaus auf den Beitrag „Intellektuelle in der Revolution“ zurückgreifen, den Wolfgang Beutin vor zehn Jahren lieferte für den von Ulla Plener herausgegebenen Band „Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie“.

Zumeist lautet das Fazit neuerer Darstellungen: Die heutige Demokratie fuße auf den Ergebnissen der Revolution von 1918/19. Lobpreisung ist angesagt. Das könnte optimistisch stimmen, doch man achte auf die Betonung: Sie liegt auf „gegenwärtig“, also auf einer Form der Demokratie, die allzugern autoritäre Züge annimmt, sich zunehmend nach rechts orientiert und insofern durchaus jener damaligen entspricht, die – neben mancherlei realem Fortschritt – vor allem den grundlegenden Ausnahmeartikel 48 kannte, die eine Präsidialdiktatur erlaubte, die den deutschen Linken kaum Raum zu erfolgreichem Handeln ließ, dafür aber den Rechtsten unter den Rechten ungezählte Freiheiten für eine brutale Abschaffung aller Revolutionsergebnisse bot.

Anderes kann beim Soziologen Simon Schaupp gelesen werden. Sein Buch „Der kurze Frühling der bayerischen Räterepublik – ein Tagebuch der bayerischen Revolution“ erfaßt biographisch drei Akteure (Erich Mühsam, Hilde Krämer, Ernst Toller) und rückt das massenhafte Engagement der bayerischen Bevölkerung für revolutionäre Veränderungen ins Zentrum. Anderes auch in Klaus Gietingers neuestem Buch – ebenso erfreulich wie für diesen Autor selbstverständlich. Es handelt von den verpaßten und ungenutzten, vor allem aber von den verhinderten Chancen der Novemberrevolution. Es kann als bittere Anklage gegen die von der SPD-Führung gedeckte, teils auch gewünschte exzessive Gewalt der nicht entmachteten Militärs sowie zugleich als ein lebhaftes Plädoyer für Rätebewegung und Basisdemokratie gelesen werden. Und es folgt dem Urteil Sebastian Haffners, der von einer sozialdemokratischen Revolution sprach, die von sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde, und der dies als einen Vorgang kennzeichnete, der „in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen“ habe.

Gestützt auf Forschungsergebnisse jüngerer Historiker sowie frühere Darstellungen prüfend, bietet Gietinger einen detailreichen, akribisch erarbeiteten und kritischen Blick auf das vielgestaltige, teils auch verwirrende Geschehen in der Revolutionszeit. Der Leser fühlt sich unmittelbar hineingezogen in die Zeit. Drei Teile stehen zeitlich gegliedert im Mittelpunkt des Buches, poetisch verknüpft mit zwei jahreszeitlichen Begriffen: „Revolution – Frühling im

November?“, „Die zweite Revolution – Frühling im Frühling?“ und „Das braune Band des Herbstes – Konterrevolution März 1919–Mai 1919“. Zwei Fragezeichen also und ein nicht gedrucktes, aber vernehmbares Ausrufezeichen. Umrahmt sehen sich diese Kapitel von einem Blick auf den Spaltungsprozeß der Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges und von einem Fazit. Stets spielen dabei der (an jeweilige Zeiten und diverse Interessen gebundene) Forschungsstand und seine geschichtspolitische Deutung eine erhellende Rolle.

Alles ist informativ, aufschlußreich, bemerkenswert. Lang würde eine Aufzählung des vom Autor Geleisteten geraten. Hier sei nur beispielhaft auf jene Abschnitte verwiesen, deren Aussagen konträr zu üblichen Verdrehungen stehen oder zu geringe Beachtung erfuhren. Das betrifft die vehemente Absage an den falschen, aber dennoch oft benutzten Begriff „Spartakusaufstand“ oder die klare Darstellung der Ziele, mit denen die Berliner Arbeiterräte im März 1919 den Generalstreik begannen. Zu deren Forderung nach einer schleunigen Sozialisierung des Wirtschafts- und Staatslebens heißt es: „Das umzusetzen hätte wirklich Frühling bedeutet. Hier wurde eine neue, eine bis dahin nie dagewesene und auch bis heute nicht verwirklichte Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft gefordert.“ Beabsichtigt sei weder eine Auflösung der Nationalversammlung noch ein Regierungssturz, wohl aber eine „Vergesellschaftung von unten, durch die Räte“ gewesen. (S. 153)

Ausführlich wird dargestellt, was dem gescheiterten Generalstreik folgte: barbarische Massaker, die von einer enthemmten Soldateska auf der Grundlage unrechtmäßiger Befehle des sozialdemokratischen Ministers Gustav Noske und verlogener Pressekampagnen begangen worden sind. Ihnen bescheinigt Gietinger eine frühfaschistische Qualität. Rund 2000 Menschen wurden brutal gemartert, schamlos hingerichtet, willkürlich ermordet. Die Schießbefehle, die im April 1919 auch gegen die basisdemokratischen Versuche der bayerischen Räterepublik ergingen und ähnlich wie in Berlin gehandhabt worden sind, begründete Reichspräsident Ebert mit dem Argument, je rascher und durchgreifender gehandelt werde, desto weniger Widerstand und Blutvergießen würde es geben. Der Autor verweist mit Recht auf eine Kontinuitätslinie der Machtbesessenheit, hatte doch Hindenburg schon früher erklärt, der „grausamste Krieg“ sei der kürzeste, und Goebbels 1944 im Berliner Sportpalast verkündet: „Totaler Krieg ist kürzester Krieg.“ Es erschreckt den Verfasser und sicher auch Leser dieses Buches, daß selbst heute Historiker sich nicht scheuen, dies als eine „Strategie der kontrollierten militärischen Abschreckung“ zu preisen. (S. 173 f.)

Eine Randbemerkung sei erlaubt. Revolution und Gegenrevolution lassen sich jeweils nur verstehen, wenn sie in ihrer Komplexität und gleichsam als Zwillinge betrachtet werden. Zweifellos spielte das bereits in der Nacht vom 9. zum 10. November 1918 geschlossene Bündnis zwischen Ebert und Groener eine entscheidende Rolle. Letztlich verhinderte das Militär, gedeckt vom sozialdemokratischen Führungspersonal, einen Sieg der revolutionären Arbeitermassen, die sowohl eine neue Form von Demokratie erstrebten als auch Kapitalismus und Militarismus abschaffen wollten. Von diesem unrühmlichen Kapitel handelt hauptsächlich das vorliegende Buch. Vielleicht wäre es (zumindest aus der Sicht eines Historikers, der sich seit langem mit der Parteien- und Verbändegeschichte befaßt) sinnvoll gewesen, auch auf andere Facetten der Gegenrevolution einzugehen, zum Beispiel auf die parteipolitische und medienpolitische Organisiertheit der Bourgeoisie. Bereits vor sowie unmittelbar nach dem 9. November 1918 verbreiteten bürgerliche

Parteipolitiker und ihre „Vordenker“ in den Medien die Forderung nach einer Nationalversammlung, abgeleitet auch aus ihrer völlig überzeichneten, irrealen und mythisierten Bolschewismussfurcht. Im November formierten sich die konservativen und liberalen Parteien sowie die katholische Zentrumspartei in neuer Demagogie als „Volksparteien“. Gerade wenn die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und sozialen Schichten einerseits sowie zwischen den Parteien und geistigen Strömungen andererseits analysiert werden, geht es auch um den notwendigen Blick auf die politisch und ideologisch geprägte Situation, auf Denk- und Verhaltensweisen derjenigen, die dem verhängnisvollen Handeln wenig entgegengesetzten.

Schließlich: Der lesenswerte Band enthält noch einen Paukenschlag, dem viel, sogar sehr viel Öffentlichkeit zu wünschen ist. Ihn lieferte der Verfasser des Vorworts Karl Heinz Roth. Bereits zehn Jahre zuvor hatte er gefordert, die Historische Kommission der SPD möge ein Handbuch mit den Kurzbiographien jener 4500 bis 5000 Menschen erarbeiten, die unter der Mitverantwortung der SPD dem Weißen Terror der Jahre 1918 bis 1920 zum Opfer gefallen sind. Doch damit nicht genug. Offensichtlich in Erinnerung an die nach der Wende geforderten Vergebungsbitten wird gekontert: „... wenn sie dazu noch die Adressen der Nachkommen von Opfern jener Jahre ermittelt, dann wäre es dem Parteivorsitzenden möglich, sie – bei gleichzeitiger Überreichung eines Widmungsexemplars – um Entschuldigung zu bitten.“ (S. 14) Sicher, dies wäre gewiß ein Zeichen von „Erneuerung“, von der heutzutage so viel die Rede ist. Zu erwarten ist es leider nicht – wie damals, als man zwar lautstark „Sozialisierung“ propagierte, aber gleichzeitig gegen sie die Waffen des Militärs sprechen ließ.

Manfred Weißbecker

(Gekürzt aus „Ossietzky“, 11/2018)

Manfred Weißbecker ist Historiker und hat unter anderem zahlreiche Studien im Bereich der Faschismusforschung, zum Widerstand sowie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlicht. Zuletzt erschienen: Manfred Weißbecker: Weimarer Republik, Papyrossa-Verlag, 138 Seiten, 9,90 €; Kurt Pätzold: Gefolgschaft hinterm Hakenkreuz. Zwanzig Kapitel zu zwölf Jahren deutscher Geschichte. Bearbeitet von Manfred Weißbecker, Verlag am park, 360 Seiten, 19,99 €



Klaus Gietinger: November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts. Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth. Edition Nautilus, 270 Seiten, 18 €

Willi Bredels literarische Verarbeitung der Novemberrevolution

Hamburg unter der roten Fahne

Der Arbeiterschriftsteller Willi Bredel (1901–1964) ist mit seiner Erzählung „Fiete Peter“ der einzige deutsche Autor, der Episoden aus der Novemberrevolution in Hamburg literarisch gestaltet hat. Dieser heute nur noch wenig bekannte Text hat eine lange Publikationsgeschichte und begleitete Bredel fast durch seine gesamte Schriftstellertätigkeit. Erstmals veröffentlichte er den Text in der Dresdener Tageszeitung „Arbeiterstimme“ im Dezember 1930.¹ Neun Jahre später publizierte der Autor eine überarbeitete Fassung unter dem Titel „Vor zwanzig



Fiete Peter (1894–1918)

Foto: Gedenkstätte Ernst Thälmann

Jahren“ in der von Bertolt Brecht, Willi Bredel und Lion Feuchtwanger in Moskau herausgegebenen deutschsprachigen Exilzeitschrift „Das Wort“.² Während des Zeitraumes 1958 bis 1976 wurde die Erzählung in der DDR mehrfach publiziert. In der Bundesrepublik erschien diese „Geschichte einer Stadt in Geschichten“ erstmals und einmalig 1981.³

Bei der Geschichte „Fiete Peter“ handelt es sich um die literarische Verarbei-

tung und Gestaltung eines historischen Stoffes. Sie darf deshalb keinesfalls unbesehen als historische Quelle übernommen bzw. benutzt werden. In diesem Text gelingt es Bredel geschickt, Atmosphärisches wie Nebel, Kälte und Hunger mit der Schilderung der politischen Entwicklung und dem dramatischen Schicksal des jungen radikalen Sozialisten Fiete Peter zu verbinden. Seine Befreiung aus dem Untersuchungsgefängnis durch die Revolutionäre bildet einen ersten positiven Höhepunkt der Handlung, bevor die Geschichte im Hinblick auf seine Person tragisch endet.

Das historische Geschehen der beiden ersten Revolutionstage, 5. und 6. November 1918, verdichtet Bredel zu einem Tag. Die Befreiung Peters und die dramatischen Ereignisse bei der Kaserne in der Bundesstraße läßt er bereits in der Nacht des 5. November stattfinden, obwohl sie sich real erst am Vormittag des 6. November ereigneten.⁴ Auch die Darstellung der Vorgänge bei der Kaserne und der Todesumstände Fiete Peters durch den Autor unterscheidet sich erheblich von der Schilderung durch Augenzeugen. Das gilt insbesondere für die stark heroisierende Beschreibung von Richard Gyptner.⁵ Ob diese Unterschiede literarische Gründe haben oder ob sie auf einem ungenauen Kenntnisstand Bredels basieren, ist heute nur noch schwer zu beurteilen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Bredel in keinem seiner zahlreichen biographischen Selbstzeugnisse eine aktive Teilnahme an der Novemberrevolution erwähnt. In der 1976 in der DDR erschienenen biographischen Skizze von Karl-Heinz Höfer heißt es dazu sibyllinisch: „An den revolutionären Kämpfen, die ja von den Hafenstädten in Norddeutschland ausgingen, nahm er leidenschaftlich Anteil.“⁶

Der Person Fiete Peter begegnet der Leser auch in Bredels Roman „Die Söhne“. Er ist Obmann der Barmbeker Gruppe des Arbeiterju-

gendsbundes und engagiert sich nach dessen Auflösung durch die Hamburger SPD- und Gewerkschaftsführung für die Gründung einer neuen Jugendorganisation, die sich „Freie Jugend“ nennt. Bredels Romanheld mit stark autobiographischen Zügen, Walter Brenten, besucht mit einem Freund sogar einen Gruppenabend der oppositionellen Barmbeker Gruppe, den Fiete Peter bestreitet. Daß der junge oppositionelle Sozialist aber auch den „Kult“ um die Reformkleidung und andere Übertreibungen der Reformbewegung kritisiert, mißfällt Brenten und seinem Freund. Später führt Peter die beiden Freunde bei einem marxistischen Diskussionszirkel des sozialistischen Wissenschaftlers Dr. Carl Louis Eulert (1884–1967), im Roman leicht zu „Dr. Eupert“ verfremdet, ein.⁷ Aus diesem Kreis heraus entwickelt sich eine Gruppe unter Führung Fiete Peters, die konspirativ antimilitaristische Aufklärungsarbeit gegen den Krieg leistet. Bredel stellt ihre Tätigkeit anschaulich dar:

„Sie stand mit ähnlichen Gruppen in Bremen, Kiel, vor allem in Berlin in Verbindung, und Fiete beschaffte illegales Material, bald die ‚Leipziger Volkszeitung‘, bald die ‚Bremer Arbeiterzeitung‘, und dann und wann auch die ‚Spartakusbriefe‘. Nach Feierabend und sonntags saßen die Mitglieder dieser Gruppe in der einen oder anderen Wohnung beisammen und vervielfältigten Spartakusbriefe, schrieben Adressen, verfaßten mitunter auch Feldpostbriefe, die sie unter fingierten Absendern an die Front schickten. Erich Enderleit, der ebenfalls der Gruppe angehörte, tat Walter gegenüber, als wüßte Dr. Eupert nichts von der Gruppe und ihrer Tätigkeit, und Walter hielt das auch für richtig. Der Gelehrte durfte nicht gefährdet werden.

Es kam vor, daß bei der Schreib- und Heftarbeit Fiete den neuesten ‚Spartakusbrief‘ vorlas oder einen grundsätzlichen Beitrag aus der ‚Bremer Arbeiterzeitung‘ und daß dann über die darin behandelten Probleme diskutiert wurde.“⁸

Eindrucksvoll schildert Willi Bredel einen überraschenden nächtlichen „Besuch“ des inzwischen illegal in Hamburg lebenden Deserteurs Fiete Peter. Der damals sechzehnjährige Walter Brenten stellte seinem Jugendgenossen entgegen dem Willen seiner ängstlichen Mutter sein Bett für eine Nacht zur Verfügung.⁹

Etwas ausführlicher als in der Erzählung „Fiete Peter“ gestaltet Bredel in „Die Söhne“ die Tage vor dem Beginn der Umwälzung und die ersten beiden Revolutionstage. Am Beispiel des Gewerkschaftsführers Louis Schönhusen, der auch schon zum Personenensemble der „Väter“ gehört, kritisiert und karikiert er die opportunistische Politik der Hamburger Gewerkschaftsführung. In die Darstellung des Revolutionsbeginns läßt der Autor eine Liebesgeschichte zwischen Walter Brenten und Ruth, einem Mädchen aus bürgerlichem Hause, hineinspielen. Diese verbindet er dann mit dem Fiete-Peter-Stoff, bricht danach aber das Revolutionsthema bis auf eine kurze Episode über Schönhusen abrupt ab.¹⁰

Den Fortgang der Revolution im weiteren Sinne greift Bredel erst mit den „Sülze-Unruhen“, die am 23. Juni 1919 begannen, wieder auf. Auslöser für die Massenproteste war der Fund eines Fasses mit verfaulten Tierkadavern vor der Fleischfabrik Heil & Co. Aufgebracht durch viele Fälle des Verkaufs von minderwertigem Fleisch während der Kriegszeit sammelte sich eine große Menschenmenge vor der Fabrik und stürmte sie schließlich. Dabei entdeckte man u. a. ein Faß, das zur Hälfte mit Gedärmen und toten Ratten gefüllt war. Die darüber



Willi Bredel in der Lehre als Eisen- und Metalldreher (Hamburg 1917/18)



Soldaten der Einheiten Lettow-Vorbeck's vor dem „Hamburger Bier-Palast“ auf der Reeperbahn, Juli 1919
Foto: Nachlaß Hans Walden

aufgebrachte Menge warf schließlich den Fabrikbesitzer in die Alster. Die Empörung der hungernden Bevölkerung führte auch am nächsten Tag zu weiteren Massenprotesten. Daraufhin ließ der Kommandant für Groß-Hamburg Walter Lamp'1 (SPD) am Abend des 24. Juni eine Truppe von 120 Bahrenfelder Zeitfreiwilligen zum Schutz des Rathauses anrücken. Bereits beim Einzug der „Bahrenfelder“ ins Rathaus kam es zu Kämpfen mit protestierenden Arbeitern und Matrosen. In der folgenden Nacht wurde das Rathaus von ihnen belagert und lange beschossen. Letztendlich kapitulierten die „Bahrenfelder“ und zogen aus dem Rathaus ab. Obwohl sich die Lage langsam wieder beruhigte und am 27. Juni nach Vermittlung der Arbeiterorganisationen wieder weitgehend Ruhe in der Stadt herrschte, schickte Reichswehrminister Noske (SPD) im Rahmen einer Reichsexekution am 1. Juli rund 10 000 Soldaten unter Führung des Generals Paul von Lettow-Vorbeck in die Stadt. Der Senat hatte die Truppen am 25. Juni angefordert. Die Einheiten des ehemaligen Kommandeurs der „Schutztruppen“ in der Kolonie Ostafrika machten rücksichtslos von ihren Waffen Gebrauch, nahmen willkürlich zahlreiche Verhaftungen vor und führten Kriegsgerichte ein.

Die hier kurz zusammengefaßten Ereignisse werden in „Die Söhne“ anschaulich und prägnant dargestellt, allerdings fehlt weitgehend eine erzählerische Gestaltung des dramatischen Stoffes. So fungiert beispielsweise Bredels Hauptfigur Walter Brenten zwar als Munitionsträger und Kurier der gegen die „Bahrenfelder“ kämpfenden Arbeiter, aber diese Episode bleibt kurz und blaß. Höchstwahrscheinlich hat der über keinerlei militärische Erfahrung verfügende Lehrling Bredel an diesen Kämpfen nicht teilgenommen.

Professor Rolf Richter hat seine Kritik in der biographischen Skizze „Willi Bredel. Ein deutscher Weg im 20. Jahrhundert“ treffend formuliert: *„Die Geschehnisse der Verwandten und Bekannten (hier: Die Söhne, H.-K. M.) mit entscheidenden Punkten der deutschen Geschichte harmonisch zu verbinden, das in einen ‚Guß‘ bringen, ist Willi Bredel nicht völlig gelungen, da steht zu vieles einfach nebeneinander. In den Abschnitten der ‚großen Politik‘, die quantitativ im zweiten ... Buch anwachsen, fehlt doch einiges an guter literarischer Gestaltung, da wird oftmals lediglich konstatiert und kommentiert, das ist auch sprachlich nicht zu Ende durchgearbeitet.“*¹¹ Diese Kritik Richters, die ich ohne Abstriche teilen darf und soll allerdings nicht Bredels Verdienst schmälern. Der Erzähler hat sich an den nicht einfachen Stoff „Novemberrevolution in Hamburg“ herangewagt. Dabei schrieb er mit „Fiete Peter“ eine ansprechende Erzählung, die

sich sehr gut in seine Hamburg-Chronik „Unter Türmen und Masten“ einfügt. Weniger gelungen erscheint mir allerdings die literarische Verarbeitung der Novemberereignisse 1918 und der „Sülze-Unruhen“ und ihrer Folgen im Juni/Juli 1919 in „Die Söhne“. Diese Kritik bezieht sich sowohl auf die Auswahl und Gewichtung der historischen Fakten und Zusammenhänge als auch auf deren literarische Verarbeitung. Bredels großes und bleibendes Verdienst ist es aber, daß er mit seinen beiden literarischen Arbeiten an die in der Bundesrepublik und insbesondere auch in Hamburg jahrzehntelang verdrängte Revolution erinnert hat. Darüber hinaus gelang es ihm, durch die Darstellung der Person „Fiete Peter“ stellvertretend den vielen unbekanntem Revolutionskämpfern in seiner Heimatstadt ein literarisches Denkmal zu setzen.

Hans-Kai Möller
Hamburg

Anmerkungen

- 1 Brigitte Nestler: Bibliographie Willi Bredel. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1999 (Hamburger Beiträge zur Germanistik; Bd. 27, S. 24)
- 2 Das Wort. Jahrgang 4, Heft 1, Januar 1939, S. 141–146
- 3 Vgl. Brigitte Nestler, S. 24/25
- 4 Ernst Christian Schmitt: Die Chronik Hamburgs. Dortmund 1991, S. 401
- 5 Richard Gyptner: Friedrich Peter, in: Deutschlands Junge Garde, 50 Jahre Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1954, S. 152/153
- 6 Karl-Heinz Höfer: Willi Bredel. Leipzig 1975, S. 16
- 7 Willi Bredel: Die Söhne. Roman. Berlin und Weimar, 6. Auflage 1975, S. 115, S. 121/122 und S. 134/135, sowie Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. Berlin 2004, S. 194/195
- 8 a. a. O., S. 162
- 9 a. a. O., S. 165–167
- 10 a. a. O., S. 234–247
- 11 Rolf Richter: Willi Bredel. Ein deutscher Weg im 20. Jahrhundert. Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.). Mit einem Vorwort von Hans-Kai Möller. Rostock 1998, S. 127

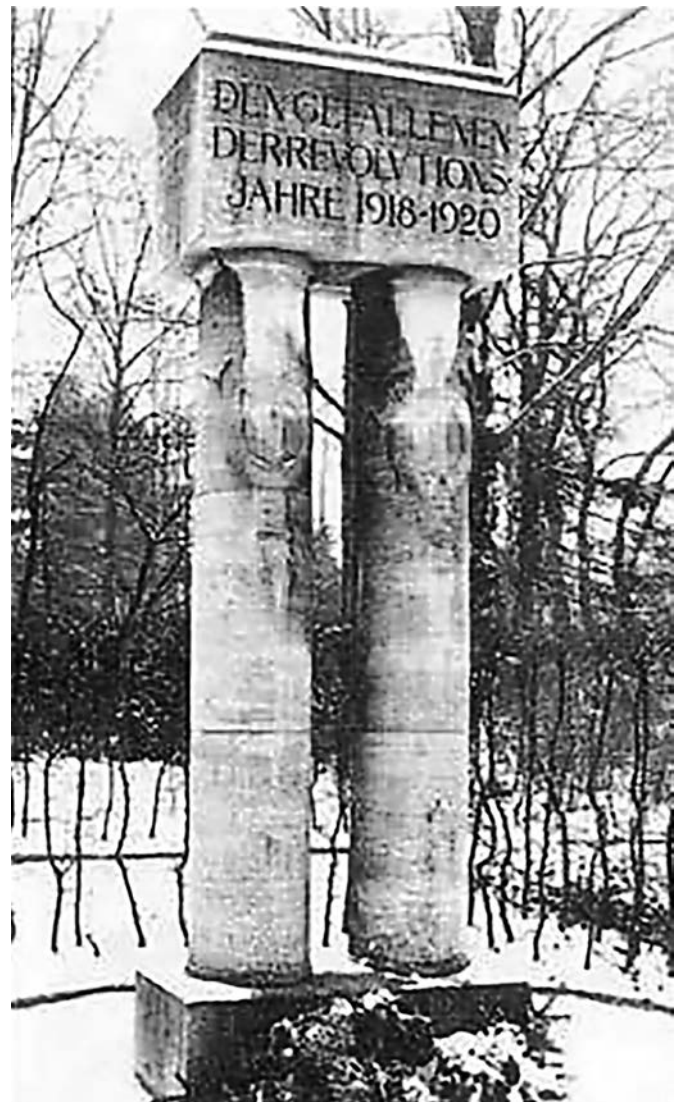
Novemberrevolution in Hamburg

Denkmal „Den Gefallenen der Revolutionsjahre 1918–1920“

Am Nachmittag des 12. Novembers 1918 fand auf dem Ohlsdorfer Friedhof die Trauerfeier für zehn der bei den Straßenkämpfen zwischen dem 6. und 8. November ums Leben gekommenen revolutionären Soldaten und Matrosen statt. Die Särge der Toten waren mit riesigen Kränzen geschmückt und auf der Veranda an der Rückseite des Verwaltungsgebäudes aufgebahrt. Etwa 20 000 Hamburger nahmen an der Veranstaltung auf dem großen Platz vor dem Gebäude teil. Abordnungen vieler Arbeiter- und Soldatenräte und auch Vertreter russischer Kriegsgefangener legten weitere Kränze nieder. Die schlichte Feier wurde musikalisch von einer Militärkapelle und einem Arbeitergesangsverein gestaltet. Ansprachen wurden von dem Altonaer Stadtverordneten Carl Herz und dem Vorsitzenden des Hamburger Arbeiterrates Heinrich Laufenberg gehalten. Auch ein Vertreter der Arbeiterjugend hielt eine Rede. Anschließend führte der Trauerzug mit einer roten Fahne an der Spitze durch die ein Spalier bildende Menschenmenge in Richtung Beisetzungsstelle am südlichen Rand des Platzes. Hier war ein Massengrab ausgehoben, in dem die von Soldaten getragenen Särge beigesetzt wurden. Bei dieser Zeremonie hielt das Mitglied des Arbeiterrates Jakob Rieper noch eine kurze Ansprache. Nach einer Salve von Gewehrshüssen einer Ehrenkompanie über die Gräber hinweg wurde die bewegende Trauerfeier mit einem Lied des Arbeitergesangsvereins abgeschlossen.¹ Insgesamt gab es während der November-Ereignisse vierzehn Tote, von denen nicht alle namentlich bekannt sind. Auf dem Gräberfeld, das heute den Namen „Revolutionsgefallene 1918–1920“ trägt, sind die Grabsteine der zehn am 12. November 1918 hier Beerdigten in der vordersten Reihe zu finden. Nur bei drei von ihnen sind die Geburtstage bekannt, auf einem Stein steht nur: „Unbekannt 7. 11. 1918“. Viele Informationen fehlen, weil die Bestattungen schon nach wenigen Tagen stattfanden und die meisten der getöteten Soldaten und Matrosen gar nicht aus Hamburg stammten. So kamen der Landsturmmann Johannes Schröder aus Freudlund bei Kappeln an der Schlei und der Matrose Mathias Gerbl (*Grabstein: Garbel*) aus Oberbayern. Bezeichnend ist ein Aufruf in der „Roten Fahne“: „Außerdem fielen zwei Unbekannte, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. ... Der Zweite ist ein Infanterist im Alter von 32 bis 33 Jahren, hat dunkles Haar, dunkelblonden Schnurrbart und ist etwa 1,63 Meter groß. Er trägt Tätowierungen am Körper; so am linken Arm ein Wappenschild mit den Buchstaben W. M. ... In einem Blatt Papier fand man bei ihm eine Haarlocke mit der Widmung: Von Deinem treuen Finchen. Im Portemonnaie trug er eine Essenmarke der Firma Blohm u. Voß mit der Bezeichnung: St. 295, und von der Handelskammer Lippe herausgegebenes Hilfspgeld. Die Toten liegen in der Leichenhalle des Garnisonlazarets in Altona, wo sie identifiziert werden können.“² Allein über den Hamburger Fiete Peter gibt es einige biographische Informationen.

Die Trauergäste erhofften sich endlich Frieden und eine grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse. Zwar wurde die Republik ausgerufen und der verlorene Erste Weltkrieg beendet, aber die alten Eliten blieben in Amt und Würden, der Adel behielt seine Landgüter und die Kapitalisten ihre Banken und Fabriken. Aus den Arbeiter- und Soldatenräten wurden bald machtlose Betriebs- und

Elternräte, aus der Reichswehr heraus bildeten sich rechtsradikale Freikorps. Mehrheits-SPD und Gewerkschaften verzichteten auf eine grundlegende Veränderung der Macht- und Besitzverhältnisse und gaben sich mit einigen sozialen Reformen zufrieden. Die soziale Not blieb jedoch unerträglich, so daß es immer wieder zu Hungerunruhen und auch Plünderungen kam. Die Proteste erreichten Ostern 1919 einen neuen Höhepunkt, bei dem sogar die Polizeiwachen auf



Denkmal für die Revolutionsopfer, historische Aufnahme vor dem Abbruch im Jahr 1933

St. Pauli und in der Innenstadt angegriffen wurden. Über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt, und die Sicherheitskräfte setzten Schußwaffen ein; 18 Menschen kamen ums Leben. Im Sommer entzündeten sich neue Unruhen an einem Lebensmittelskandal, der am 23. Juni in der Heil'schen Sülzefabrik aufgedeckt wurde. Der Senat verschärfte die Lage, indem er zunächst das verhaßte Bahnenfelder Zeitfreiwilligenkorps gegen die Demonstranten einsetz-

te und dann noch zusätzlich die Reichsregierung um militärische Hilfe bat. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske schickte daraufhin am 1. Juli Truppen unter dem Befehl des berühmten Generals Paul von Lettow-Vorbeck nach Hamburg. Die etwa 10 000 Soldaten des „Korps Lettow-Vorbeck“ richteten ein Massaker unter der notleidenden Bevölkerung an: 62 Menschen starben, über 100 wurden verletzt. Zwischen dem 30. Juni und dem 20. August wurden 26 Opfer der „Sülzeunruhen“ auf dem Gräberfeld für die Toten der Novemberrevolution bestattet.³ Bis heute ist eine Kaserne in Jenfeld nach Lettow-Vorbeck benannt.

Im März des Jahres 1920 versuchten deutschnationale Kreise beim sogenannten Kapp-Putsch mit Hilfe der Brigade Ehrhardt die Macht in Deutschland an sich zu reißen. Die Reichsregierung floh aus Berlin



Kundgebung am Revolutionsdenkmal mit Ernst Thälmann und Genossen der „Roten Marine“, zwischen 1925 und 1928
Foto: Helmut Gosch

über Magdeburg bis nach Stuttgart, und nur durch einen Generalstreik und die energische Gegenwehr bewaffneter Arbeiter konnte der Putsch niedergeschlagen werden. In Hamburg starben bei den Abwehrkämpfen zwölf Menschen. Sie wurden ebenfalls auf der Grabanlage beigesetzt.

Am 20. Juni 1919 stellte der USPD-Abgeordnete Bergmann den Antrag: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine baldige Vorlage über die Errichtung eines Grabdenkmals für die auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzten Opfer der Revolution.“ Über den Antrag wurde erbittert diskutiert, denn SPD und DNVP war vor allem an einem Kriegerehrenmal auf dem Ohlsdorfer Ehrenfriedhof gelegen. Dr. Koch von der DNVP etwa forderte in der Debatte ein Denkmal für „alle, die kämpfend gestorben sind, damit das Vaterland lebe“. Im Sommer 1920 bewilligte der Senat schließlich 45 000 Mark für die Ausführung eines Denkmal-Entwurfs des Baudirektors Fritz Schumacher. Am 5. November 1920, dem zweiten Jahrestag der Novemberrevolution, wurde bei den Revolutionsgräbern das schlichte Denkmal eingeweiht. Schumacher hat eine klassisch anmutende Architekturform verwendet: Auf einem Sockel (Stylobat) stehen zwei schlanke ovale Säulen, auf denen ein Gebälk mit der

Inscription „Den Gefallenen der Revolutionsjahre 1918–1920“ ruht. Die beiden Säulen sind jeweils mit dem Relief eines Kranzes und einer gesenkten Fackel verziert – den Symbolen für Tod und Ruhm. Die Inschrift ist mit der Begründung, daß sich unter den hier Ruhenden möglicherweise auch Täter befinden könnten, so allgemein gehalten. Als Material wurde Kirchheimer Muschelkalk verwendet. Vor dem Denkmal liegen in fünf Reihen 59 Kissensteine mit den Namen und den Geburts- und Todesdaten der hier Bestatteten.⁴

An diesem Denkmal fanden in der Weimarer Zeit regelmäßig große Gedenkveranstaltungen der Arbeiterbewegung in Erinnerung an die Novemberrevolution statt.

Es war aber auch häufig das Ziel von rechten Anschlägen. Schon am 27. Januar 1922, an „Kaisers Geburtstag“, wurde ein Attentat geplant, das allerdings verhindert werden konnte. Einen zweiten Anschlag wendete im Juni 1922 ein Obergärtner ab, der zwei aus dem Boden ragende Kupferrohre bemerkte, die mit Sprengstoff gefüllt waren. Der Ortsgruppe der NSDAP konnte eine enge Verbindung zur Tätergruppe nachgewiesen werden, so daß sie schließlich am 25. November 1922 polizeilich verboten wurde. Am 30. Januar 1933 waren die reaktionären Kräfte in Wirtschaft und Reichswehr soweit erstarkt, daß sie die NSDAP in einer Koalition mit DNVP und Stahlhelm an die Macht bringen konnten, um den nächsten Weltkrieg vorbereiten zu können. Zunächst mußte aber die Opposition ausgeschaltet werden. Nicht nur die Arbeiterparteien und Organisationen wurden verboten und ihre Mitglieder brutal verfolgt, sondern auch die Gedenkorte der Arbeiterbewegung sollten verschwinden. Im Dezember 1933 ordnete der NSDAP-geführte Senat an, das Denkmal für die Revolutionsopfer abzureißen. Allerdings klappte das Vorhaben nur teilweise: Die Friedhofsverwaltung ließ die Steinblöcke des Denkmals behutsam abbauen und auf einem Lagerplatz bei Kapelle 12 einlagern. Schon im August 1945 konnte es daher wieder errichtet werden. In der

Nachkriegszeit fanden hier wieder Gedenkveranstaltungen statt. Im Vordergrund des Gedenkens standen nun die Opfer der NS-Zeit und des antifaschistischen Widerstandes.

Fast 100 Jahre nach der Novemberrevolution wird es Zeit, die Erinnerung an dieses jahrzehntelang verdrängte Ereignis wiederzubeleben. Ein Anfang sollte mit der Sanierung des Denkmals und der Grabsteine der Revolutionsopfer gemacht werden, denn die Inschriften sind heute kaum noch zu entziffern.

Hans Matthaei
Hamburg

Anmerkungen

- 1 „Hamburger Nachrichten“ vom 13. 11. 1918, zit. nach: Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Hrsg.): Militarismus, Revolution und soziale Not. Hamburg 2013, S. 33
- 2 „Die Rote Fahne“ vom 9. 11. 1918, zit. nach: ebenda, S. 32
- 3 Barbara Leisner: Friedhof und Revolution, in: Ohlsdorf – Zeitschrift für Trauerkultur, Nr. 133. Hamburg 2016, S. 5
- 4 Petra Schmolinske: Verzeichnis Revolutionsopfer, undatiert, unveröffentlicht

Eine kleine Revolutions-Chronik

„Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein ... Trotz alledem!“ So realistisch und optimistisch zog Karl Liebknecht im Leitartikel des KPD-Organs „Rote Fahne“ am 15. Januar 1919, wenige Stunden vor seiner Ermordung, Bilanz angesichts der sich endgültig abzeichnenden Niederlage der bis dahin größten revolutionären Erhebung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wie kam es zur Novemberrevolution, wer waren ihre erbitterten Gegner, was sind ihre wesentlichen Lehren und Resultate?

1917: Der von den deutschen Monopolkapitalisten und Militaristen begonnene Weltkrieg geht ins dritte Jahr. Die katastrophalen Auswirkungen (u. a. Millionen Tote und Verwundete) rufen immer mehr Unzufriedenheit und Widerstand bei der Bevölkerung und in den kaiserlichen Streitkräften hervor. Die revolutionären linken Kräfte bewahren im Ringen gegen Imperialismus und Krieg das Erbe von Marx und Engels, setzen der verlogenen Lösung der rechten sozialdemokratischen Führer von der „Vaterlandsverteidigung“ die Wahrheit entgegen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Bereits 1915 hatte sich innerhalb der SPD die „Spartakusgruppe“ gebildet, die sich 1917 unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – bei Wahrung der politischen und ideologischen Selbständigkeit – der von der Sozialdemokratie abgespaltenen USPD anschließt. Im Sommer 1917 kommt es zu Hungerstreiks, Gehorsamsverweigerungen und anderen Protesten in der deutschen Hochseeflotte. Die revolutionären Anführer, Albin Köbis und Max Reichpietsch, werden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Am 6. November (24. Oktober nach dem alten russischen Kalender) erheben sich in Petrograd Arbeiter, Soldaten und Matrosen zum bewaffneten Aufstand. Die russische Arbeiterklasse erobert im Bunde mit den armen Bauern unter Führung der kampferprobten und erfahrenen Partei der Bolschewiki, in der es für den Opportunismus keinen Raum gibt, die politische Macht und beginnt, die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Oktoberrevolution finden in vielen Ländern, vor allem Europas, antiimperialistische Aktionen statt. Der erste Erlaß der jungen Sowjetmacht, das Leninsche Friedensdekret, zeigt den Ausweg aus dem Kriegsinferno. Die „Spartakusgruppe“ würdigt im Dezember 1917 den Heldenmut des russischen Proletariats, dessen Ziel sei: „... ein Ende mit dem Völkermord, ein Anfang mit der Verwirklichung des Sozialismus“.

1918: Über eine Million streikende deutsche Arbeiter fordern Ende Januar/Anfang Februar: Schluß mit dem Krieg! Nach dem Vorbild der Revolution in Rußland entstehen Arbeiterräte. Immer mehr deutsche Soldaten verbrüdernd sich mit ihren Klassengenossen an der Ostfront. Im Herbst zeichnet sich der militärische Zusammenbruch des imperialistischen Deutschland ab. Die Revolution reift heran. Um ihr zuvorzukommen, paktiert die herrschende Klasse mit den rechten Führern der Sozialdemokratie, bezieht sie Anfang Oktober in die kaiserliche Regierung unter Prinz Max von Baden ein. Die Opportunisten, die dieses Manöver als grundlegende demokratische Umwälzung deklarieren, obwohl weder die Monarchie noch die Macht der Monopole und Junker angetastet werden, vermögen aber nicht, die Revolution abzuwenden.

7. Oktober 1918: Auf einer illegalen Reichskonferenz beschließt die „Spartakusgruppe“ ein Programm für den revolutionären Kampf. Die wichtigsten Punkte sind: Beendigung des Krieges, Enteignung des Bankkapitals, der Konzerne und Rüstungsbetriebe sowie des Großgrundbesitzes, Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in jedem Ort, Errichtung der sozialistischen Ordnung als Endziel.

3. November 1918: Mit dem bewaffneten Aufstand der Matrosen und Arbeiter in Kiel beginnt die Revolution. Nachdem sich in Hamburg, Bremen, Lübeck, Braunschweig, Stuttgart, München, Hannover, Frankfurt/Main, Schwerin, Rostock, Leipzig, Dresden und anderen Städten Arbeiter, Soldaten und Matrosen ihnen angeschlossen haben, Arbeiter- und Soldatenräte bildeten und zum Teil in den Generalstreik traten, ergreift die Revolution auch Berlin.

9. November 1918: Kaiser Wilhelm II. wird zum Abdanken gezwungen, Reichskanzler Prinz Max von Baden tritt zurück und übergibt seine Geschäfte dem rechten SPD-Führer Friedrich Ebert. Vom Balkon des Schlosses ruft Karl Liebknecht unter stürmischer Zustimmung der versammelten revolutionären Massen die sozialistische Republik aus. Die rechten sozialdemokratischen Führer, welche die Revolution nicht mehr hatten verhindern können, versuchen, sich an die Spitze der Massenbewegung zu stellen, um sie zunächst in ein für das Monopolkapital ungefährliches Fahrwasser zu lenken. Philipp Scheidemann verkündet vor dem Reichstag die „freie deutsche Republik“. Ein „Rat der Volksbeauftragten“ bildet sich, bestehend aus den drei prominenten Rechtsopportunisten der SPD Ebert, Scheidemann, Landsberg und drei führenden Zentristen der USPD Haasa, Dittmann, Barth.

10. November 1918: Ebert stellt insgeheim eine Verbindung zur Obersten Heeresleitung der kaiserlichen Armee her. General Groener sagt später, 1925 im Münchener Dolchstoßprozeß, dazu aus: „Der Zweck unseres Bündnisses war die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung. Am 10. abends haben wir uns zunächst verständigt für die nächsten Tage. Zunächst hat es sich darum gehandelt – und das war mein Gedanke und das nächste Ziel –, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde eine Unternehmung geplant, der militärische Einzug von zehn Divisionen in Berlin. Der Volksbeauftragte Ebert war damit durchaus einverstanden. Ich bin Herrn Ebert dafür besonders dankbar.“

Dezember 1918: Am 16. Dezember treten in Berlin die Arbeiter- und Soldatenräte zum 1. Reichsrätekongreß zusammen. Die weitgehend unter dem Einfluß ihrer opportunistischen sozialdemokratischen Führer stehenden Delegierten setzen mit Mehrheit den Verzicht auf die Forderung nach der Rätewahl und den Beschluß über Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament, der Nationalversammlung, durch. Die Konterrevolution ist auf dem Vormarsch. Der erste Putschversuch Weihnachten 1918 kann von den roten Matrosen im Berliner Marstall, der inzwischen zum „Spartakusbund“ umgebildeten revolutionären Vorhut und anderen linken Gruppen vereitelt werden. Doch das revolutionäre Wollen und Handeln einer linken Minderheit kann eine revolutionäre Massenpartei nicht ersetzen.

Dezember 1918/Januar 1919: Am 30. Dezember konstituieren sich 127 Delegierte – 83 vom „Spartakusbund“, der Rest vertritt andere revolutionäre Gruppierungen – als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar in Berlin tagt. Rosa Luxemburg faßt dieses historisch bedeutsame Ereignis in die Worte: „... heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“ Der Verlauf der revolutionären Kämpfe bestätigt die Erfahrung, daß sich das Volk nur von imperialistischer Herrschaft zu befreien vermag, wenn sich die Arbeiterklasse und ihre Partei aller bürgerlichen Einflüsse entledigen. Die opportunistische Ideologie der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker ist der wesentliche Grund dafür, daß es der Arbeiterklasse nicht gelingt, die Grundfrage der Revolution, die Frage der Macht, zu ihren Gunsten zu entscheiden. Alle Bemühungen, die bürgerlich-demokratische Novemberrevolution in eine sozialistische umzuwandeln, erleiden eine Niederlage. Die Monarchie wird zwar gestürzt, einige demokratische Freiheiten

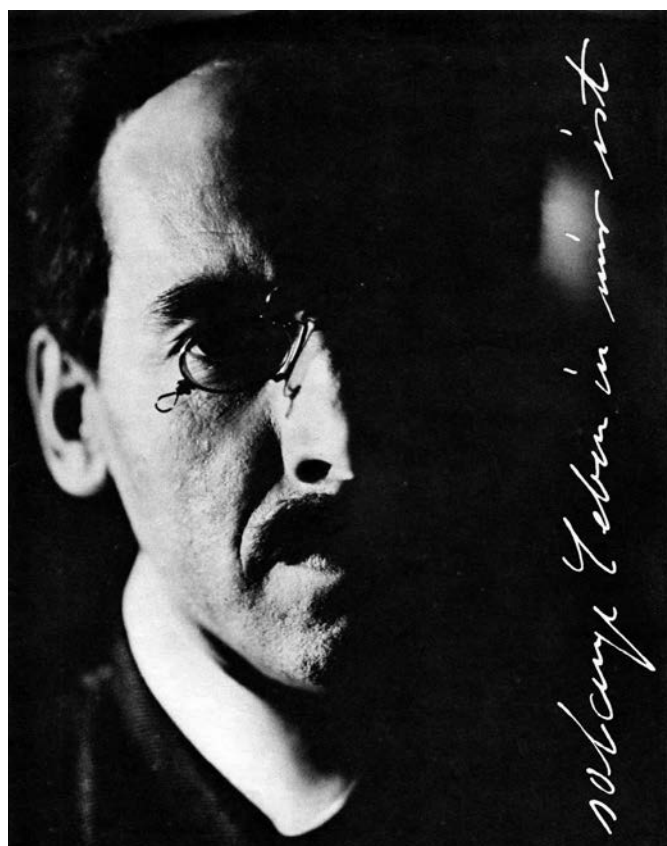
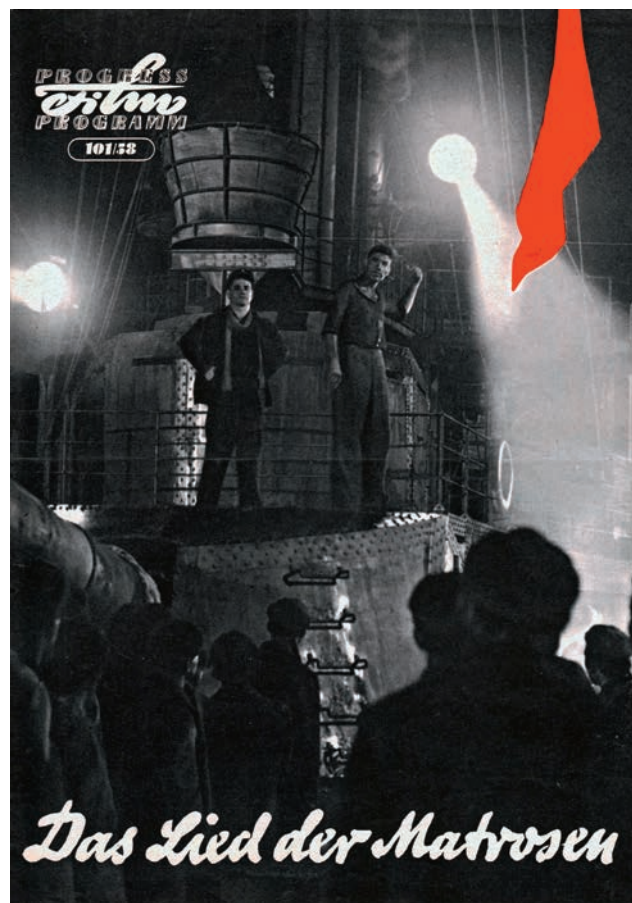
werden erkämpft, die Macht des Monopolkapitals aber ist unangestastet. Anfang Januar werden revolutionäre Berliner Arbeiter nochmals von der Konterrevolution zu bewaffneten Kämpfen provoziert. Auf Weisung des rechten Sozialdemokraten Noske („Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“) entfesseln das Freikorps und andere konterrevolutionäre Söldner einen grausamen Terror. Hunderte Arbeiter, auch sozialdemokratische, müssen ihr Leben lassen. Am 15. Januar fallen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg einem hinterhältigen Mordanschlag zum Opfer. Das wichtigste Resultat der Revolution, das die Bourgeoisie vergebens zu verhindern trachtete, aber bleibt und erstarkt: die KPD, die in den Grundfragen von Anfang an übereinstimmte mit der Partei Lenins, welche die erste siegreiche proletarische Revolution führte. Mit der DDR bestand auf deutschem Boden ein Staat, in dem das Vermächtnis der Novemberrevolution erfüllt war, ein Staat, in dem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten vier Jahrzehnte die Macht hatten. **RF**

Literaturtips

- Richard Müller: Die Novemberrevolution (Vom Kaiserreich zur Republik). Malik-Verlag, Berlin 1924/25
- Walter Ulbricht: Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution. Dietz-Verlag, Berlin 1951
- Rosa Luxemburg: Ich war, ich bin, ich werde sein. Artikel und Reden zur Novemberrevolution. Dietz-Verlag, Berlin 1958
- Die Novemberrevolution in Deutschland (Thesen anlässlich des 40. Jahrestages). Dietz-Verlag, Berlin 1958
- Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919. Dietz-Verlag, Berlin 1978
- Sonderheft der „Marxistischen Blätter“ zu November-revolution und Gründung der KPD. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1978
- Die Novemberrevolution in Deutschland und die Gründung der KPD. Bibliographie. Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin 1978
- 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Pahl-Rugenstein-Nachfolger, Bonn 1994
- Leo Schwarz: Novemberrevolution. PapyRossa-Verlag, Köln 2018, 130 S., 9,90 €
- Stefan Bollinger: November '18, Edition Ost, Berlin 2018, 256 S., 14,99 €
- Klaus Gietinger: November 1918. Edition Nautilus, Hamburg 2018, 272 S. 18 €

Filme zum Thema

- Brüder, nicht schießen! Gunter Friedrich, 1988. 85 Min.
- Das Lied der Matrosen. K. Maetzig / G. Reisch, 1958. 120 Min.
- Der Mord, der nie verjährt. [Liebknecht/Luxemburg]. W. Luderer / F. K. Kaul, 1967. 105 Min.
- Die KPD. [DEFA-Dokfilm zum 60. Jahrestag der Gründung], 1978. 55 Min.
- Matrosen in Berlin. Günter Jordan, 1978. 50 Min.
- Novemberrevolution 1918. Hans Bentzien, 1983. 25 Min.
- Solange Leben in mir ist [Karl Liebknecht, 1]. G. Reisch, 1965. 105 Min.
- Trotz alledem [Karl Liebknecht, 2]. G. Reisch, 1972. 120 Min.



...leben wird
unser Programm! **Karl
Liebknecht**



Ich war, ich bin,
ich werde sein
**Rosa
Luxemburg**



Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 250 (November 2018)

Layout: Wolfgang Metzger / Rüdiger Serinek